**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 20 (1940-1941)
**Heft:** 8-9

**Artikel:** Zur Entwicklung der sozialistischen Theorie in der Schweiz
**Autor:** Stocker, Werner
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-333917

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 12.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

ROTE REVUE
SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

20. JAHRGANG — APRIL/MAI 1941 — HEFT 8/9

# Zur Entwicklung der sozialistischen Theorie in der Schweiz

Von Werner Stocker.

Die Beschäftigung mit rein theoretischen, dogmatischen Fragen nimmt im Geistesleben des schweizerischen Sozialismus einen verhältnismäßig geringen Raum ein. Überblickt man die reichhaltige Literatur unserer Bewegung im letzten halben Jahrhundert, so muß auffallen, wie sehr die sozialistischen Autoren fast ausschließlich einerseits konkrete Tagesfragen, anderseits Probleme der historischen Forschung bearbeitet haben. Standardwerke über Fragen des historischen Materialismus, über die Funktionen des Kapitals, über die soziologischen Grundprobleme oder die philosophische Fundierung des Sozialismus, wie sie aus der deutschen, österreichischen, russischen, belgischen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, finden wir kaum in unserer nationalen Literatur, wie denn auch Kämpfe um rein ideologische Fragen bei uns selten große Wellen aufgeworfen haben. Die Schweiz war seit jeher — in dieser Hinsicht vielleicht nur mit den skandinavischen Völkern vergleichbar — das Land der sozialdemokratischen *Praxis*, der nüchternen, von Fall zu Fall und von Stufe zu Stufe um konkrete, greifbare Fortschritte kämpfenden Arbeiterbewegung.

Dennoch haben auch in der schweizerischen Arbeiterschaft führende Köpfe die Bedeutung der theoretischen Fundierung nicht verkannt. In mancher historischen Rückschau auf die Geschichte des Landes und seiner Arbeiterbewegung, in zahlreichen Schriften zu aktuellen Kampfproblemen, nicht selten auch in grundlegenden Programmformulierungen und Parteitagsdebatten finden sich die Spuren und Ergebnisse gründlicher ideologischer Auseinandersetzung.

Der 60. Geburtstag *Robert Grimms*, des Mannes, der an den praktischen Kämpfen und Errungenschaften wie auch an dieser theoretischen Arbeit des schweizerischen Sozialismus während dreier Jahrzehnte hervorragenden Anteil nahm, gibt willkommenen Anlaß, einige Fragen der sozialistischen Theorie in ihrer spezifisch schweizerischen Entwicklung kurz zu beleuchten. Schon aus Raumgründen müssen wir uns dabei auf ganz wenige Probleme beschränken, auf einige Hauptfragen, die auch heute wieder im Mittelpunkt mancher Auseinander-

setzung mit dem Gegner stehen oder in parteiinterner Diskussion die Geister beschäftigen.

### *I. National und international.*

Nicht nur reaktionäre Kreise, deren Gründe durchsichtig genug sind, werfen der schweizerischen Arbeiterbewegung vor, sie sei in ihren ideellen Grundlagen «antinational». Auch Strömungen, die aus der sozialistisch orientierten Arbeiterschaft selbst hervorwuchsen — wie etwa der «Bund junger Sozialisten und Gewerkschafter» — erklären, der schweizerische Sozialismus habe sich bisher vom Volke isoliert durch einen «Internationalismus, welcher der nationalen Wirklichkeit nicht Rechnung trug». Sie fordern einen «spezifisch schweizerischen» Sozialismus, eine «Befreiung von überalterten, der Wirklichkeit nicht mehr entsprechenden Dogmen».

Wie steht es in Wahrheit mit der «marxistischen Dogmenhörigkeit» der schweizerischen Sozialdemokratie? — In zwei Fragen vor allem ist sie immer ihre eigenen, der Entwicklung des Landes entsprechenden Wege gegangen: in der Auffassung von der Notwendigkeit der *Mitarbeit* der Arbeiterschaft am bestehenden Staate, an dessen Ausbau und allmählicher Umgestaltung; und im Bekenntnis zur Erhaltung und *Verteidigung* des demokratischen Staates.

Die leninistische Theorie vom «Absterben des Staates» hat nur einmal in der Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung ihren offiziellen Niederschlag gefunden — im Parteiprogramm von 1920, das als *ideales Endziel* die Erwartung ausspricht: «Der Staat als Unterdrückungsorganisation stirbt ab und weicht der Gemeinschaft aller freien arbeitenden Menschen.» — Das praktische *Arbeitsprogramm* aber, das in der Folge angenommen wurde, zieht sowenig wie die früheren oder späteren Aktionsthesen die Konsequenz, der bürgerliche Staatsapparat müsse «zerschlagen» werden. Es postuliert vielmehr die Entwicklung der Demokratie, die Reform der Finanz- und Steuergebarung, Sozialpolitik, Arbeiterschutz und Arbeitsrecht, genossenschaftliche Wirtschaftsgestaltung, Ausbau der Kultur- und Schulaufgaben. Das Programm von 1935 mit dem Plan der Arbeit hat diese Um- und Neugestaltung der Staatspolitik bis in die technischen Einzelfragen entwickelt; doch schon die Thesen Otto Langs von 1904 gingen grundsätzlich in der gleichen Richtung, ja das *erste* Parteiprogramm, im März 1870 vom Gründungskongreß der SPS angenommen, enthält die klare Formulierung:

> «Wir halten den Staat für die notwendige Verbindung der Bürger zur allgemeinen und allseitigen Wohlfahrt, welche ihnen vereinzelt durchaus unerreichbar wäre. Aufgabe des Staates ist also nicht bloß der polizeiliche Schutz des Eigentums, sondern vielmehr die Förderung der *genossenschaftlichen Organisation der Arbeit.*»

Der Bejahung des Staates als notwendiger Organisationsform der menschlichen Gesellschaft in ihrer heutigen Entwicklungsstufe entspricht — und entsprach seit jeher — im schweizerischen Sozialismus der Wille zur *Verteidigung* des eigenen Landes. So sehr die Frage der

Landesverteidigung zu verschiedenen Zeiten *umstritten* war und so geflissentlich gewisse bürgerliche Gegner immer wieder unserer Bewegung die angeblich vor kurzem noch offiziell vertretene Ablehnung der Landesverteidigung nachzuweisen suchen, so steht doch die Tatsache fest: Eine *grundsätzliche Verwerfung* des Staates und seiner Verteidigung gab es im schweizerischen Sozialismus nie. Die These «Der Arbeiter hat kein Vaterland» ist in der schweizerischen Arbeiterbewegung nie offiziell anerkannt oder gar zu einem Programmpunkt erhoben worden. In der Zeit der Zimmerwalder und Kientaler Konferenzen, als mit andern Streitfragen des «orthodoxen» Marxismus auch die Militärprobleme bei uns am lebhaftesten diskutiert wurden, vertrat Herman *Greulich* in der Schrift «Zur Landesverteidigung» (1917) den Standpunkt, der zweifellos der Mehrheit der schweizerischen Arbeiterschaft eigen war:

«Mehr als je zeigt es sich jetzt: Der Bestand der Schweiz ist eine internationale Notwendigkeit — namentlich für das Proletariat. — Wäre diese Insel wirklich schon in nächster Zeit dem Verfall bestimmt? Muß sie wehrlos gemacht werden, damit sie verschwinde? — Eine schweizerische Sozialdemokratische Partei kann diese Frage nicht bejahen.»

Zwischen Landesverteidigung und militärischer Aufrüstung allerdings hat der schweizerische Sozialismus immer scharf unterschieden, und er wird in dieser Unterscheidung auch weiterhin klar bleiben müssen, wenn er seinem Geist und seiner Geschichte die Treue halten will. Wenn wir uns — um die Formulierung des Basler Parteitages 1938 anzuwenden — *positiv* einstellen zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen *Landesverteidigung*, so können und konnten wir dagegen nicht «vorbehaltlos» der militärischen Rüstung zustimmen. Der *Militarismus* wurde und wird von der schweizerischen Sozialdemokratie bekämpft. Wie dieser Kampf gemeint ist und welche Erwägungen während einer Reihe von Jahren zur Ablehnung der Militärkredite in der Bundesversammlung führten, ist am klarsten in einer parteioffiziellen These, dem Arbeitsprogramm vom Jahre 1924, umschrieben:

«Grundsätzlicher Kampf gegen Militarismus, Chauvinismus und Nationalismus. Planmäßige Aufklärung des Volkes über Wesen, Zweck und Folgen des Militarismus. Ablehnung aller Forderungen, Kreditbegehren und Gesetze, die der Aufrechterhaltung oder Stärkung des Militarismus dienen oder die *Gefahren kriegerischer Verwicklung heraufbeschwören können.* Organisierung des entschlossenen Widerstandes der Arbeiter *gegen die Beteiligung des Landes an jedem Krieg.*»

Das Programm von 1920 drückt den gleichen Grundgedanken in schärferer Prägung aus, wenn es die Gefahr feststellt, daß durch die *internationalen* Interessen des Militarismus der Kleinstaat zum Anhängsel und Werkzeug der imperialistischen Großmächte werde, unter Preisgabe wirklicher Unabhängigkeit und *Neutralität.*

In diesem Sinne bleibt es richtig, wenn *Robert Grimm* in seiner Schrift «Der 12. Dezember des Bürgertums» (1930) feststellte, daß innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie — trotz mancher Ver-

schiedenheit der theoretischen Anschauungen — in *einer* Frage keine Differenzen bestünden: in der praktischen Ablehnung des Militarismus. Auch die Programmrevision von 1935 hat hier keine prinzipielle Änderung gebracht. Sie bleibt bei der Feststellung:

«Die SPS. bekämpft die Verwendung der Armee als Werkzeug der herrschenden Klassen gegen die für ihre Existenz ringenden Volksmassen.» Sie führt «grundsätzlich den Kampf gegen Militarismus, Chauvinismus und Nationalismus als Quelle neuer kriegerischer Katastrophen, tritt ein für die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit und den Abschluß von Nichtangriffspakten zwischen allen Kulturvölkern».

Eine *Präzision* bereits herrschender Anschauungen enthält das neue Programm mit der Erklärung:

«Zur Abwehr drohender ... Gewaltangriffe und zur Wahrung der schweizerischen Neutralität ... anerkennt die Sozialdemokratie die Notwendigkeit eines bewaffneten Grenzschutzes ...»

Daß dieser bewaffnete Grenzschutz unter dem Zwang der neuesten europäischen Entwicklung sich zu einem so ungeheuer kostspieligen und sorgenschweren Hauptproblem des Landes auswachsen werde — dies allerdings hat die Sozialdemokratie nicht erwartet. Ihre Hoffnung auf eine friedliche internationale Entwicklung, auf einen raschen und wirksamen Ausbau der zwischenstaatlichen Schiedsgerichtsbarkeit, auf einen darauf gestützten erfolgreichen Kampf gegen Kriegsbedrohung und Militarismus ist enttäuscht worden. Dies ist ihre Tragik in der heutigen Zeit — nicht ihre Schuld noch ihr Verbrechen.

Aus den erwähnten Grundsätzen ergibt sich die Stellung des schweizerischen Sozialismus zum Problem der *Internationale*. Die zwischenstaatliche Verständigung und Solidarität der Arbeiter aller Länder ist dem heute herrschenden Chauvinismus und Kriegsfuror zum Opfer gefallen. Die Wiederherstellung dieser Solidarität ist und bleibt das Ziel des Sozialismus, auch des schweizerischen. Nichts ist notwendiger zum Wiederaufbau einer friedlichen Welt als die Neuschaffung der Internationale, und nichts ist verlogener als der Vorwurf reaktionärer Kreise an die Arbeiterschaft, als ob die Kampfgemeinschaft des Weltproletariats mit «Vaterlandslosigkeit» gleichbedeutend wäre. In einer seiner polemischen Frühschriften — «Sozialdemokratie und Bürgertum» (1909) — hat *Grimm* diesen Vorwurf temperamentvoll und treffend widerlegt, die Notwendigkeit der internationalen Solidarität im Existenzkampf der Arbeiter dargetan und den Beweis geführt, daß die höchsten kulturellen Ziele nicht nur des Proletariats, sondern der Völker schlechthin nur verwirklicht werden können, «wenn die Arbeiter über die Landesgrenzen hinaus, unbekümmert um die Nationalität, sich die Bruderhand reichen».

«Solidarität aller *Völker*» proklamiert denn auch schon das schweizerische Parteiprogramm von 1904, und Otto *Lang*, sein Verfasser, hat nach dem Ausbruch des Weltkrieges, im November 1914, in einer Parteitagsrede den gleichen Grundgedanken in einer Weise entwickelt, die auch heute wieder ihre volle Gültigkeit besitzt:

«Was uns vor allem am Herzen liegen muß, ist die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen... Mit viel mehr Recht als vom Zusammenbruch der Internationale können wir nun reden vom Zusammenbruch des Kapitalismus und der bürgerlichen Kultur. Der Krieg bedeutet doch nichts anderes, als daß der kapitalistische Staat nicht fähig war, die Kulturwerke, an denen Generationen gearbeitet haben, die ein Geschlecht dem andern vererbte, vor dem Verderben des Krieges zu schützen... Deshalb erwächst uns Sozialdemokraten von neuem die Aufgabe, aus unserem historischen Recht heraus mit doppelter Wucht den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. Dazu brauchen wir aber den Zusammenschluß aller Länder in der Internationale...»

Mit Recht haben auch alle späteren Programme und Thesen der SPS am Gedanken der internationalen proletarischen Solidarität und am Ziel des Aufbaues einer starken, aktionsfähigen Sozialistischen Internationale festgehalten. — Mag das Ziel heute wieder in die Ferne gerückt erscheinen — es bleibt bestehen, und es steht, richtig erfaßt, nicht im Widerspruch mit jener andern, heute dringendsten Aufgabe, die, so wie sie einst Jean *Jaurès* für sein Land formuliert hat, auch für die schweizerische Sozialdemokratie in dieser Stunde gilt:

«Notre premier souci c'est de porter au plus haut degré la puissance *défensive* de la nation[1].»

## *II. Die Eigentumsfrage.*

Im Zentrum der *wirtschaftlichen* Theorien des Sozialismus steht die Eigentumsfrage. Sie bildet das Kernstück der von Marx und Engels durchgeführten Analyse der kapitalistischen Wirtschaft und gipfelt, summarisch gesagt, in der These, daß die Schaffung wirtschaftlicher Gerechtigkeit und dauernder Prosperität für das ganze Volk die *Sozialisierung der Produktionsmittel* zur Voraussetzung hat. Dabei bedeutet Sozialisierung zunächst nur: Aufhebung der privaten Profitwirtschaft und Überleitung in die Gemeinwirtschaft. Die Frage, welche Formen der Gemeinwirtschaft in den einzelnen Teilgebieten anzuwenden sind (Verstaatlichung, Kommunalbetrieb, Produktions- und Markgenossenschaft usw.), und die weiteren Fragen, was unter Produktionsmittel zu verstehen ist, wie weit dieser Begriff auszudehnen sei, hängen mit der Struktur und Entwicklungsstufe jedes Landes zusammen.

Wie hat der schweizerische Sozialismus zu diesen Problemen Stellung genommen?

Er ist seit jeher eigene, durch den besonderen Charakter des Landes bedingte Wege, vor allem in der *Agrarfrage*, gegangen. Der marxistische Grundsatz, daß zu den Produktionsmitteln insbesondere auch der Boden gehört, und daß die Grundrente ein Hauptübel des Kapitalismus ist, wurde auch bei uns nie bestritten. Aber die Beachtung der besonderen landwirtschaftlichen Verhältnisse hat schon in den Programmdiskussionen von 1904 zu spezifischen Formulierungen geführt, die im Programm selbst wie folgt zusammengefaßt sind:

«In der schweizerischen Landwirtschaft herrscht fast durchgängig der Kleinbetrieb. Für den Kleinbauer ist das Grundeigentum nicht ein Mittel, um sich

[1] *Jaurès*, Le Socialisme et la paix (1905).

fremde Arbeit anzueignen, sondern um sich seinen oft dürftigen Unterhalt zu verdienen. Er gehört wie der Lohnarbeiter zu den ausgebeuteten Volksklassen. Da aber hier die Vorbedingungen für einen gesellschaftlichen Betrieb nicht vorhanden sind, muß das Ziel einer Agrarpolitik, welche die bäuerlichen Interessen mit denjenigen der Gesamtheit in Einklang bringt, zunächst darin bestehen, die Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Arbeit zu steigern, gleichzeitig aber *dem Bauer den Ertrag seiner Arbeit zu sichern* und ihn davor zu bewahren, daß die Betriebsverbesserungen nur zu höherer Verschuldung und vermehrtem Zinstribut an das Kapital führen.»

Wenn diese Sätze im Programm von 1920 wieder verschwunden sind — nicht zuletzt wegen der infolge schärfster Preissteigerung der Agrarprodukte und völlig ungenügender Lohnpolitik zugespitzten Gegensätze zwischen Bauern und Arbeitern — so wurden die gleichen Grundgedanken bei der Revision von 1935 wieder aufgenommen und im Plan der Arbeit näher ausgeführt. Verschiedene Autoren haben auch in neuester Zeit diese an die schweizerischen Verhältnisse anknüpfenden, von den in Deutschland, Rußland oder Italien herrschenden marxistischen Theorien abweichenden Anschauungen weiter entwickelt, so Ernst *Nobs* in der Flugschrift «Sieben Jahre Bauernkrise» und in zahlreichen Arbeiten in der «Roten Revue», Eugen *Steinemann* in einem «sozialistischen Vorschlag zur Lösung der landwirtschaftlichen Bodenfrage» (Die Verhinderung der landwirtschaftlichen Bodenüberschuldung, Zürich 1936). Steinemann stellt dem liberalistischen Prinzip, dessen Untauglichkeit sich endgültig erwiesen hat, das *sozialistische Prinzip gegenüber:* Jedem so viel Verfügungsgewalt, als er im volkswirtschaftlichen Interesse auszuüben fähig ist. Das führt zur Konsequenz, daß der Grundstück*handel* der privaten Sphäre vollständig zu entziehen und durch den Staat auszuüben (bzw. zu kontrollieren) ist.

Man hat zu Unrecht solchen Vorschlägen den Vorwurf gemacht, sie würden auf einen «bloßen Reformismus» hinauslaufen. Anpassung an schweizerische Eigenart in der Methode der Sozialisierung heißt nicht Verzicht auf *ganze* sozialistische Lösungen. — In den jahrelangen Diskussionen, die sich an die Parteispaltung von 1920 anschlossen, hat die schweizerische Sozialdemokratie wiederholt dokumentiert, daß sie in der Eigentumsfrage fest auf dem Boden der von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest von 1848 entwickelten Theorie bleibt.

Diese Klarstellung erfolgte insbesondere in den Auseinandersetzungen um die Begriffe Sozialismus und Kommunismus. Die im Anschluß an die russische Revolution neu gegründete Dritte Internationale hatte sich den historischen Namen «kommunistisch» als Parteibezeichnung zugelegt. In den Kämpfen um die Überwindung der Parteispaltung in der Schweiz war eine theoretische Klärung unerläßlich, die den Massen die Möglichkeit gab, zwischen der Anerkennung und Begrüßung der russischen Revolution und der Ablehnung parteikommunistischer Methoden für den Kampf der schweizerischen Arbeiterbewegung zu unterscheiden. Der Parteivorstand der SPS unternahm diese Klärung im Sommer 1931. Seine Stellungnahme geht, wie Robert *Grimm* — der Verfasser und Begründer jener Thesen — in seiner «Geschichte der

sozialistischen Ideen in der Schweiz» feststellt, «von der Unterscheidung des Kommunismus als gesellschaftlicher Theorie, der russischen Revolution als historischem Ereignis und der kommunistischen Bewegung als internationaler Aktion aus».

Was die *theoretische* Seite dieser Fragen betrifft, so gibt *Grimm* folgenden Kommentar:

«In Theorie und Ziel gibt es zwischen Kommunismus und Sozialismus keinen Gegensatz. Der Kommunismus ist die Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats. Sein Ziel ist die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Seine Methode ist der Klassenkampf des Proletariats. Als Lehre stimmen Sozialismus und Kommunismus überein. Es handelt sich um zwei verschiedene Worte für ein und denselben Begriff. Die Grundlage beider ist das kommunistische Manifest. Worin sich Sozialisten und Kommunisten heute unterscheiden, das ist die Beurteilung des Weges, der zum Ziele führt und der Bedingungen, unter denen sich der Befreiungskampf der Arbeiter vollzieht.»

Diese Auffassung, der Parteiresolution «Zur Internationale» von 1931 zugrunde gelegt und zweifellos der Mehrheit der sozialistisch orientierten schweizerischen Arbeiterschaft entsprechend, ist in der öffentlichen Diskussion freilich nicht unwidersprochen geblieben. Fritz *Marbach* («Gewerkschaft, Mittelstand, Fronten», 1933) lehnt sie, an Definitionen von Karl Diehl anknüpfend, ab und versucht eine differenziertere, aber auch reichlich komplizierte Unterscheidung herauszuarbeiten. Nach ihm stellen Sozialismus und Kommunismus — im Blick auf die Eigentumsfrage — «zwei wesensverschiedene, ungleich konstruierte, philosophisch ungleich unterbaute und in gewissem Sinne unvergleichbare Sozialsysteme » dar. — «Während der Kommunismus in seiner Überzeugung von der alleinigen Maßgeblichkeit der Kollektividee die autoritäre Bestimmung der Produktion und der Konsumtion verlangt und anerkennt (kommunistisches Zuteilungsprinzip), anerkennt der Sozialist wohl die kollektiv orientierte Regulierung der Produktion — nach Überführung der besonders entwickelten Produktionsmittel in Gemeineigentum —, aber er anerkennt und verlangt zugleich Freiheit in der Auswahl der Güter für seinen Konsum.»

Dieser nach Marbach «ganz wesentliche Unterschied zwischen sozialistischer und kommunistischer Zielsetzung» erweist sich bei näherer Betrachtung als Phantom. Es liegt solcher Differenzierung zweifellos die Verwechslung der *heute* in der bolschewistischen *Praxis* in Rußland erreichten Entwicklungsstufe mit der theoretischen Zielsetzung des Kommunismus zugrunde. — Die oben angeführte, auf den Grimmschen Thesen beruhende Stellungnahme der SPS geht selbstverständlich in der grundsätzlichen Beurteilung der Eigentumsfrage nicht von solchen Erscheinungen aus, sondern von den im Kommunistischen Manifest und in der seither entwickelten marxistischen Lehre gelegten Grundlagen. Die von Marbach übernommene *Diehlsche* Definition: «Der Sozialismus will nur das Privateigentum an den Arbeitsmitteln beseitigt wissen, der Kommunismus auch das Privateigentum an den Arbeitserzeugnissen», ist willkürlich und historisch nicht zu begründen. Der

Sozialismus als Lehre im Sinn des Kommunistischen Manifestes will überhaupt nicht *alles* Privateigentum aufheben, und gerade in der schweizerischen Arbeiterbewegung ist der Unterschied zwischen den *zur Sozialisierung reifen* Produktionsmitteln und dem *gerechtfertigten* Privateigentum an den der menschlichen Kultur dienenden persönlichen Gütern immer beachtet worden. Otto *Lang* («Sozialismus oder Kapitalismus?») schrieb darüber schon vor Jahrzehnten:

«Nur wer den Sozialismus von Grund aus verkennt, kann zu der verkehrten Annahme gelangen, zu seinen Forderungen gehöre die ‚Abschaffung' des Privateigentums schlechthin. Der Sozialismus bekämpft das Privateigentum nur insoweit, als es unverträglich geworden ist mit der leiblichen und geistigen Wohlfahrt des Volkes, als es ein Hindernis und eine Gefahr bildet für jeden kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt. Insoweit aber das Privateigentum eine notwendige Voraussetzung für ein ungebrochenes Menschentum, für die freie Entwicklung und Betätigung des Menschen ist, will der Sozialismus es erhalten und sichern.

Unverträglich geworden mit den Interessen des Einzelnen wie der Gesamtheit ist das Privateigentum an denjenigen Produktionsmitteln, die heute schon einen gesellschaftlichen Charakter angenommen haben und deshalb Mittel der Ausbeutung der besitzlosen Klassen geworden sind. In diesem und nur in diesem Umfange will der Sozialismus das Privateigentum ersetzen durch das gesellschaftliche Eigentum.

Notwendig dagegen ist das Privateigentum, das heißt ein individuelles und ausschließliches Benutzungsrecht an den Gebrauchs- und Genußgütern. Und der Sozialismus sucht und findet seine Rechtfertigung gerade darin, daß er uns den reichlichen Besitz dieser Bedarfsgüter sichert und die Grundlage schafft, auf der ein reicheres, schöneres Leben erblühen kann.»

## *III. Weg und Ziel.*

«Unter den heutigen Verhältnissen vollzieht sich die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Form des Klassenkampfes.» Diese Erkenntnis, im Programm von 1904 erstmals klar formuliert, ist seither ebenso unbestritten festgehalten worden wie der andere, ebenfalls schon damals geprägte Grundsatz: Der Sozialismus erkennt den Klassenkampf als historisch gegebene Tatsache und Notwendigkeit in der heutigen Zeit. Er hat ihn nicht «erfunden» und führt ihn nicht um seiner selbst willen, sondern «für die *Aufhebung* der Klassen und der Klassengegensätze, um an deren Stelle die Solidarität aller Volksgenossen zu setzen».

Gab es über dieses methodologische Hauptprinzip im ganzen internationalen Sozialismus nie wesentliche Gegensätze, so ist dagegen in mancher Einzelfrage über Weg und Tempo der *Durchführung* des Sozialismus die schweizerische Arbeiterbewegung wiederum eigene Wege gegangen. Gegen die «Neukommunisten», die ohne Rücksicht auf historisches Werden auch bei uns auf eine *einmalige,* gewaltsame Umwälzung bauten, hat sich Herman *Greulich* in den Nachkriegsjahren mit scharfer Polemik gewendet («Der Weg zum Sozialismus, eine sachliche Auseinandersetzung mit den Neukommunisten über körperliche und sittliche Gewalt», 1921):

«Der große Irrtum der Neukommunisten besteht darin, daß sie annehmen, die Umgestaltung der kapitalistischen Privatwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft könne *auf einen Schlag* bewirkt werden. Eine gewaltige Kraftanstrengung des Proletariats würde das erreichen... Man brauche nur Produktionsmittel in Gemeineigentum zu verwandeln, dann ergebe sich die sozialistische Gemeinwirtschaft von selber.»

Auf Grund einer Analyse der schweizerischen Wirtschaftsverhältnisse und der Bevölkerungsstruktur legt Greulich dar, daß «eine Sozialisierung der ganzen Privatwirtschaft *auf einen Schlag* ein Unding» wäre. Ebenso lehnt er — bei aller Anerkennung des *Kampfes* der Arbeiterklasse — die Mittel der körperlichen Gewalt und der Waffengewalt zur *Eroberung* der Macht ab. «Die sittliche Gewalt ist stärker als die körperliche.» Auf sie muß und darf — insbesondere bei den konkreten schweizerischen Verhältnissen — die Arbeiterbewegung vertrauen.

Diese Gedanken haben in der bisherigen *praktischen* Tätigkeit der schweizerischen Arbeiterbewegung sich weitgehend durchgesetzt. Daher auch die besonders intensive theoretische Beschäftigung mit Einzelfragen des Aufbaus und des Übergangs zur Gemeinwirtschaft. Von mehr abseits der Parteibewegung stehenden Sektoren wie der religiös-sozialen Gruppe oder der Arbeitsgemeinschaft «Neue Demokratie»[2] bis zu den offiziellen Publikationen und Thesen der SPS finden wir Bearbeitungen von Teilgebieten der Wirtschaftsplanung, der Sozialisierung von Bau- oder Agrarboden, der gemeinwirtschaftlichen Konsumenten- und Produktionsorganisation. Dabei ist vor allem der *Planwirtschaftsgedanke*, obwohl in neuerer Zeit von der belgischen Plan-du-Travail-Bewegung aus neu belebt und erst im neuen Parteiprogramm bis in die Einzelheiten ausgearbeitet, in den Grundzügen *altes* Gedankengut des schweizerischen Sozialismus: die «Planlosigkeit und Anarchie der Produktion» im Kapitalismus hat schon das Programm von 1904 mit treffenden Worten gezeichnet.

In alter und neuer Zeit ist bei uns auch immer wieder der *genossenschaftlichen* Form der Sozialisierung der Vorzug vor der reinen Verstaatlichung gegeben worden. Der föderalistische Aufbau des Landes, die Verschiedenheiten wirtschaftlicher Verhältnisse und sozialer Entwicklungsstufen in einzelnen Kantonen tragen zu dieser Tendenz ebenso bei wie die alte genossenschaftliche Tradition in bestimmten, vor allem landwirtschaftlichen Gebieten. Schon Karl *Bürkli* hat zur 600-Jahr-Feier des Schweizerbundes, 1891, über den «Ursprung der Eidgenossenschaft aus der Markgenossenschaft» geschrieben; Franz *Schmidt* hat neuestens diese Gedanken wieder aufgenommen[3], und *Ragaz* definiert geradezu:

«Unser Ideal ist der Föderalismus, das heißt: der Aufbau einer neuen Gesellschaft auf Grundlage der freien Vereinigung aller schöpferischen Kräfte

---

[2] Vgl. z. B.: *J. Ragaz*, Sozialismus und Gewalt. — Ein sozialistisches Programm. — *F. Schmidt*, Schweizerischer Sozialismus. — *H. Kramer*, Sozialistische Demokratie.

[3] Ueber die Quellen des schweizerischen Sozialismus, 1940.

*in den mannigfachsten Genossenschafts- und Gemeinschaftsformen.»* (Sozialismus und Gewalt, S. 34.)

Haben diese Anschauungen in Theorie und Praxis, diese Lehren von der *Eigenart* des schweizerischen Weges zum Sozialismus unsere Arbeiterbewegung zu einem «reformistischen», «antirevolutionären» Faktor gestempelt, wie die Gegner von links es behaupten?

Der Vorwurf würde nur dann zutreffen, wenn in unsern Reihen theoretisch eine Verwechslung von Weg und Ziel, praktisch ein zufriedener Stillstand bei Teilerfolgen einträte. Er trifft nicht zu, solange der schweizerische Sozialismus sein eigentliches, geistiges Hauptproblem richtig erkennt: *Bei aller praktischen Kleinarbeit, bei allen durch die Verhältnisse selbst bedingten Kämpfen um ein stufenweises Vorrücken und um Teilgebiete, bei aller Rücksicht auf lokale und regionale Besonderheiten und Entwicklungsstadien muß der Blick auf die Gesamtheit der sozialistischen Probleme, der Wille auf das große Endziel gerichtet bleiben.* Dieses Endziel bleibt, mögen einzelne Kampfphasen noch so «reformistisch» sein, *revolutionär,* das heißt, es erstrebt die grundlegende Umwälzung und Neugestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Hier gilt, was Robert *Grimm* im «12. Dezember des Bürgertums» mit eindeutiger Klarheit ausgesprochen hat:

«Die Parteien können sich ändern, ihre Taktik kann sich ändern, *nicht ändern kann sich der Sozialismus, sofern man ihn auffaßt als Weltanschauung und nicht als Objekt des politischen Schachers.* Er würde auch dann bestehen und sich als historische Bewegung durchsetzen, wenn die Sozialdemokratie ihre Grundlagen aufgeben und sich zu einer bloßen sozialreformerischen Partei durchmausern wollte. Nur würde sich dann der Sozialismus ohne die Sozialdemokratie oder gegen sie durchsetzen und andere politische Gruppierungen würden sein Willensvollstrecker sein.

*Die Sozialdemokratie wird, will sie bleiben, was sie ist und was in der Frühzeit ihrer Entwicklung ihre eherne Grundlage bildete, an ihren Prinzipien festhalten.»*

---

# Zu Robert Grimms 60. Geburtstag

Von Friedrich Schneider.

Es wäre höchst unsozialistisch, einen Menschen, seine Persönlichkeit und sein Werk für sich allein beurteilen zu wollen. Er mag von seinen Vorfahren noch so große Geistesgaben mit auf den Lebensweg erhalten haben, ihre Entfaltung und ihr fruchtbares Wirken hängen irgendwie von der Umgebung, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zuständen seiner Zeit ab. Auf niemand trifft das mehr zu als auf den Werdegang des Mannes, der am 16. April 60 Jahre alt wird: Robert Grimm! Schon seine Herkunft und die Umgebung, in der er aufwuchs, verraten dem aufmerksamen Beobachter des Lebensweges dieses hervorragenden Zeitgenossen außerordentlich viel.

Das Zürcher Oberland, dem er entstammt, ist historischer Boden der industriellen Entwicklung und der Arbeiterbewegung. In Wald, jenem